



-München – Dienstag, 15. November 2011

Der Geheimdienst als Terrorhelfer?

Nach den öffentlich gewordenen Morden durch die Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) ist die Politik empört: Es sei „sehr beunruhigend, dass zwischen der Mordserie in ganz Deutschland und der rechtsextremen Szene in Thüringen kein Zusammenhang erkannt wurde“, klagt Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU). Das wies das Ministerium dort zurück: Da die Verdächtigen dort nicht aktiv gewesen seien, habe der Geheimdienst keine Spuren aufnehmen können.

Nach Medienberichten hatte das Terror-Trio allerdings noch nach dem Untertauchen Kontakt zu einem V-Mann des Verfassungsschutzes. **Im tz-Interview erklärt der Rechtsanwalt und Verfassungsschutzexperte Rolf Gössner (Autor von Geheime Informanten) das Problem beim Kampf gegen Neonazis:**



-Interview mit Rolf Gössner



Geheimdienst-Experte und Vizepräsident der Internationalen Liga für Menschenrechte

Kann es sein, dass Neonazis, die in den 90er-Jahren Straftaten verübten, wieder aus dem Blick der Geheimdienste geraten?

Rolf Gössner: Eigentlich nicht. Schließlich waren sie in Neonazi-Gruppierungen aktiv, die über V-Leute unter Beobachtung standen. Deshalb stellt sich so dringlich die Frage nach der Rolle des Verfassungsschutzes – und ob womöglich eine organisierte Abschirmung der Täter aus den Reihen der Sicherheitsbehörden stattgefunden hat.

Aber was wäre der Sinn davon, Straftäter zu schützen?

Gössner: Im Gegensatz zur Polizei, die Straftaten verhindern oder aufklären soll, haben Geheimdienste daran kein primäres Interesse. Sie wollen langfristig Personen in der Szene platzieren, um Informationen zu erhalten,

schließlich sind V-Leute schwer zu rekrutieren. So gilt der Quellenschutz im Zweifel mehr als der Schutz der Verfassung.

V-Leute stammen aus der zu beobachtenden Szene und sind oft selbst Straftäter. Deshalb sind Verstrickung und Mitfinanzierung des rechten Treibens und krimineller Machenschaften durch den Staat vorprogrammiert. Der Verfassungsschutz ist so gesehen Teil des Neonazi-Problems geworden, konnte zur Bekämpfung von Neonazis aber nur wenig beitragen.

Muss der Verfassungsschutz Straftaten nicht der Polizei melden?

Gössner: Spätestens bei Mord oder anderen Verbrechen ist jeder Bürger dazu verpflichtet. Wenn ein V-Mann seinen Führungsbeamten über Straftaten informiert, müsste der Verfassungsschutz das der Polizei melden. Aber tatsächlich gibt es zahlreiche Fälle, darunter Brandstiftung, Totschlag und Waffenhandel, in denen der Verfassungsschutz kriminelle V-Leute schützte: So warnte er etwa in Berlin Hersteller von CDs, in denen zu Gewalt gegen Juden, Politiker und Künstler aufgerufen wurde, vor Hausdurchsuchungen. So konnten der Tatcomputer und andere Beweismittel verschwinden.

Kann es sein, dass die Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund im Zuständigkeitswirrwarr von Landes- und Bundesverfassungsschützern unterging?

Gössner: Ich glaube eher an ideologische Scheuklappen bei der Ermittlungsarbeit. Der rassistische Hintergrund der Mordserie ist nie ernsthaft beleuchtet worden – während die Behörden etwa beim Thema Islamismus immer alle Register ziehen. Obwohl Neonazis und Rassisten seit der deutschen Einheit etwa 150 Menschen umbrachten, wurde der Rechtsextremismus immer zurückhaltender bewertet.

In dem gesprengten Haus von Beate Z. fand die Polizei sogenannte „legale-illegale Papiere“. Was bedeutet das?

Gössner: Solche Papiere deuten entweder auf verdeckte, bedienstete Ermittler hin, die mit einer Legende in die Szene eingeschleust waren. Zweite Möglichkeit, dass den Tätern eine neue Identität beschafft wurde.

Der Verfassungsschutz wird durch einzelne Abgeordnete der Parlamente kontrolliert. Reicht das aus?

Gössner: Die Kontrollgremien haben noch nie selbst Skandale aufgedeckt, sondern in aller Regel die Medien oder Insider. Geheimdienste widersprechen dem demokratischen Prinzip der Transparenz und Kontrollierbarkeit. Abgeordnete können allenfalls hinterher versuchen, ein wenig Licht ins Dunkel zu bekommen.

Interview: Walther Schneeweiß

Auflage: ca. 185.000 Ex.